

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Adressen: Hannover 576 18, Bochum 241 71

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 0,75 Goldmark



Verantwortlich für den Inhalt: Felix Timberg, Essen. Druck: D. Danzmann & Co., Bochum

Telefonnummern: 88, 89, 98, Bochum i. W., Wismarstr. 38-42

An die Verbandsmitglieder!

Der unterzeichnete Vorstand beruft hiermit, entsprechend den §§ 50 bis 53 des Verbandsstatuts, die

24. Generalversammlung

unseres Verbandes ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Geschäftsbericht für die Jahre 1921, 1922 und 1923:
 - a) Bericht der Verwaltung;
 - b) Rassenbericht;
 - c) Bericht des Kontrollausschusses.
4. Änderung des Verbandsstatuts.
5. Die Konzentration des Kapitals in der Montanindustrie.
6. Gewerkschaftliche Probleme in Gegenwart und Zukunft.
7. Der nächste Gewerkschafts- und internationale Bergarbeiterkongress und Wahl der Delegierten.
8. Wahl des Vorstandes, der Redaktion und des Kontrollausschusses.
9. Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
10. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Nach § 52 des Statuts werden für das ganze Verbandsgebiet 150 Delegierte und die doppelte Anzahl Ersatzmitglieder gewählt.

Die Wahl der Delegierten erfolgt im ganzen Verbandsgebiet am Sonntag, den 6. April 1924, von 2 bis 6 Uhr nachmittags, nach den Bestimmungen der Wahlordnung, welche in der Nummer 4 veröffentlicht worden ist.

Als Delegierte können nur Mitglieder gewählt werden, die unserem Verband mindestens zwei Jahre angehören. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied in der Zahlstelle, wo es wohnt, wenn es nicht mehr als acht Wochenbeiträge schuldig ist. (Siehe jedoch § 5 Abs. 1a des Statuts.)

Außer den gewählten Delegierten haben an der Generalversammlung teilzunehmen: die Mitglieder des Vorstandes, des Kontrollausschusses, die Redakteure der Verbandsorgane und die Bezirksleiter.

Anträge zur Generalversammlung können nach § 53 Abs. 1 des Statuts vom Vorstand, von Bezirkskonferenzen und Mitgliederversammlungen gestellt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Anträge zum Statut von den Zahlstellenleitungen bis zum 20. März 1924 an die zuständige Bezirksleitung einzuliefern sind, damit sie den vom 23. bis 30. März im ganzen Verbandsgebiete stattfindenden Bezirkskonferenzen vorgelegt werden können. Solche Anträge können der Generalversammlung nur dann vorgelegt werden, wenn die Bezirkskonferenz solches beschließt. Die von den Bezirkskonferenzen genehmigten Anträge zum Statut sind der Verbandsleitung bis zum 3. April 1924 zu übermitteln. Anträge, die zu den Punkten 1 bis 3 und 5 bis 10 der Tagesordnung gestellt werden, müssen bis zum 20. März 1924 beim Vorstand eingereicht sein.

Die Anträge müssen getrennt von sonstigen Mitteilungen eingereicht werden. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben sein. Auch muß bei jedem Antrag der Name des Bezirkes oder der Zahlstelle, der Punkt der Tagesordnung und bei Anträgen zum Statut der in Frage kommende Paragraph angegeben sein. Ferner müssen die Anträge mit dem Stempel und der Unterschrift der Bezirks- oder der Zahlstellenleitung versehen sein. Auch ist das Datum, an welchem die Konferenz bzw. die Mitgliederversammlung stattgefunden hat, anzugeben. Die bis zum 20. März 1924 eingelaufenen Anträge werden dann zusammengestellt und den Zahlstellenleitungen sowie den Teilnehmern der Generalversammlung zugestellt. Anträge, die nach obigem Zeitpunkt eingeht, können nicht in die Vorlage aufgenommen werden.

Bochum, den 6. Januar 1924.

Mit Glück auf!

Der Vorstandsvorsitzende: S. A.: Fr. Susemann.

Tod im Schacht.

Es fiel ein Stein im tiefen Kohlenschacht Und hat dem Knappen dreißig die Stirn gespalten. Als seine Lippen ungehört verhallen, Stieg seine Seele in die Sternennacht.

Die Grube spie ihr stummes Opfer aus Wie Rauchgewölke aus dickgebauten Schloten. Auf morschem Tragebrett trug man den Toten Durch die entlärnte Winternacht nach Haus.

Ein Stern hing überm Haus und weinte rot Und in den Stübchen stöhnten Traumgespenster. Ein Weib fuhr aus dem Schlaf. Wer klopft ans Fensterrand? Vielleicht war es der Wind, vielleicht der Tod. (ster?)

Victor Kallinowski

Es ist jedoch ein grundlegender Irrtum, in dieser Frage von den Landwirten allein alles Heil zu erwarten. Wer die Fortschritte der deutschen Landwirtschaft auf dem Gebiete der Bearbeitung und der Düngung des Bodens zu beobachten Gelegenheit hatte, wer sie versteht in das richtige Verhältnis zu dem der anderen Länder zu stellen, der wird der deutschen Landwirtschaft die Achtung nicht verjagen können. Es mag immerhin richtig sein, daß eine erhebliche Anzahl Landwirte, wie Banken, Industrielle usw. ja auch, beträchtliche Investitionsgemeinschaften errichtet haben, es soll auch zugegeben werden, daß sie zum Teil damit Mißbrauch getrieben haben; das schafft jedoch die Tatsache nicht aus der Welt, daß besonders der kleine und mittlere Landwirt bei dem derzeitigen Stand der Preise für Betriebsmittel außerstande ist, überhaupt seine Wirtschaft intensiv betreiben zu können. Mit der Industrie für landwirtschaftliche Maschinen und besonders der Düngemittelindustrie ist die Landwirtschaft untrennbar verbunden. Durch die Düngemittelindustrie werden in nicht unerheblichem Maße auch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse beeinflusst. Von der Industrie für landwirtschaftliche Maschinen und der Düngemittelindustrie hängt es zum wesentlichen Teile ab, ob der deutsche Landwirt seine Wirtschaft bis zur höchsten Intensität steigern kann, ob das deutsche Volk Aussicht auf einigermaßen befriedigende Ernährungsverhältnisse gewinnt. Deshalb ersuchen wir Sie, auch Sie, zunächst einmal einen Überblick der Düngemittelindustrie, die Kalkindustrie, in das richtige Tageslicht zu rufen.

Unter der weitläufigen Überschrift: „Ergänzendes aus der Kalkindustrie“ schreibt die „Deutsche Bergw.-Ztg.“ in ihrer Nr. 40 vom 16. Februar 1924 u. a.:

„Raum hatte die Kalkindustrie die Alten über das Problem des Auslandsab Absatzes fällen können, da entbrannte ein neuer Streit, der die in diesem Industriezweige anscheinend traditionellen Gegensätze in aller Schärfe hervorstritten ließ.“

In der Tat: die Gegensätze in der Kalkindustrie sind traditionell. Aber diese traditionellen Gegensätze sind von der Industrie selbst geschaffen. Nicht nur geschaffen zum Schaden der Industrie, sondern hauptsächlich zu dem der Arbeiter, Landwirte, ja des gesamten deutschen Volkes. Die Industriellen selbst haben sich durch entsprechende Preisfestsetzung - sie hatten ja bis 1918 das Monopol - (schablos gehalten. Ohne Rücksicht auf den Bedarf unter Verschönerung eines wichtigen nationalen Gutes, aus reinem Machthunger heraus wurde die höchste Grundtarifhöhe entfallen, welche sich bis zum Wahnsinn steigerte. Trotz der ungeheuren Überzahl der Werke in Mitteldeutschland verlegten die Kalkindustriellen ihr unheilvolles Treiben an die äußerste westliche Grenze des damaligen Reiches, in das Elsaß. Sie selbst schufen den Frangosien die Kalkwerke, um heute über die Konkurrenz zu herrschen.

Nachfolgend bringen wir eine Gegenüberstellung der Werke und des Absatzes. In derselben sind von 1920 ab die 17 elsaßischen Werke und der elsaßische Absatz nicht enthalten.

Jahr	Anzahl der Werke	Die Steigerung beträgt		Gesamtabsatz in D.	Die Steigerung beträgt	
		in Werken	in %		in D.	in %
1880	4	-	-	645 799	-	-
1884	10	6	150	1 111 098	425 299	62
1888	12	8	900	3 440 788	1 754 984	255,5
1904	28	24	600	4 301 406	3 615 707	327
1909	52	49	1 125	6 738 309	6 067 510	884,5
1910	65	61	1 325	7 337 190	6 651 391	999,5
1912	130	126	3 150	10 053 960	9 368 101	1 306
1914	180	176	4 100	9 089 853	8 354 084	1 218
1920	206	202	5 050	9 236 435	8 550 636	1 247
1922	219	215	5 875	8 859 364	8 173 565	1 191

Seit 1880 eine Steigerung des Absatzes um das 11,91-fache und eine Steigerung der Anzahl der Werke um das 53,75-fache! Das allein schon gibt uns genügend Aufschluß über die „traditionellen Gegensätze“ im Kalkindustrie. Es ist der Kampf um die Futtertröpfe, wie Herr Forchmann so schön sagt. Daß er sich bei der meist akademisch gebildeten Werkvertriebsleitung in geradezu widerlichen Formen abspielt, sei nur nebenbei bemerkt. Wir könnten wunderbare Beispiele dafür anführen.

Das Bild wirkt jedoch erschreckend, wenn wir uns die auf das einzelne Werk seit 1880 entfallende Durchschnittsbeteiligung ansehen. Es entfiel beispielsweise ein Durchschnittsbetrag in D. K.O. pro Jahr:

1880	171 449,75	1910	112 879,85
1888	111 099,80	1912	77 393,15
1898	203 898,58	1914	50 921,57
1904	153 621,64	1920	44 837,06
1909	127 420,92	1922	40 453,73

Fünf Werte müssen sich heute in den Absatz teilen, den 1888 ein Werk hatte. Oder: die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Werke ist seit 1895 um ungefähr vier Fünftel gesunken!

Hört im Raume hören sich die Sagen! Schmidtmanns-Werksleben wollte diesem Zustand 1909 ein Ende machen. In der historisch gewordenen Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1909 verkaufte er der Amerikanern 27 000 und der Gewerkschaft Sollefält, ebenfalls für Amerika bestimmte Lieferung, 15 000 T. Kalkstein zu Preisen, welche 50 Prozent unter den Syndikatspreisen lagen. Darob großer Sturm. Die übrigen Kalkindustriellen einschließend Wintershall verlangten gesetzlichen Eingriff. Die Folge war das am 25. Mai 1910 beschlossene Kartellgesetz. Inzwischen aber hatte die Schmidtmanngruppe den Beweis dafür, daß die geringe Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Werke schuld an der furchtbaren Krise in der Kalkindustrie sei, glänzend erbracht. Das Werk Sollefält hätte seine Leistungsfähigkeit aus: 1906: 34, 1907: 40, 1908: 19, 1909: 21 Prozent. Wenn das Werk also nur 21 Prozent seiner Leistungsfähigkeit 1909 bei einem Durchschnittsbetrag von 127 420 D. Kalkstein auszunutzen konnte, so entspricht das vollkommen der Mittellage eines Werks, nach welcher ein einigermaßen modern angelegtes Werk jährlich 600 000 D. K.O. liefern kann. Auch dafür erbrachte

Schmidtman den Beweis. Er lieferte nach Abschluß der Amerika-Verträge in zwei Monaten 160 200 T. und zwar, wie schon gesagt, zu einem um 50 Prozent ermäßigten Preis. Das Ergebnis war verblüffend. Die Selbstkosten gestalteten sich jetzt wie folgt:

Lieferungsmengen in T.	Selbstkosten pro Doppelzentner		
	Hartfals u. Kainit	80 % Chlorf.	
1906	232 630	0,478 Mk.	3,241 Mk.
1908	130 210	0,962 "	6,470 "
1910 (2 Mon.)	160 200	0,330 "	2,566 "

Ein Herzklopfen der Selbstkosten um ca. 60 Prozent! Inzwischen sind fast 14 Jahre ins Land gegangen. Der Kampf aber tobt trotzdem in verschärfter Form weiter. Der Absatzrückgang 1923 und die von den Kalkwerksbetreibern selbstgeschaffene, ihnen jetzt gefährlich werdende elsaßische Konkurrenz und der ständig zurückgehende Syndikatsbeteiligungsanteil der einzelnen Werke hängt an, auch auf die sonst robusten Kalkwerke wieder revolutionär zu wirken. Seit Monaten bombardiert eine Gruppe in der Kalkindustrie die schweizerische Presse mit Kartagen und Artikeln. Besonders die den Trümmern sehr nahe stehende „Deutsche Bergw.-Ztg.“ hat sich völlig in den Dienst des Wintershall-Kongresses gestellt. „Kartagen!“ - Et. schrieb am 7. Februar in ihrer Nr. 32 u. a. folgendes:

„Nun wurde wiederholt geltend gemacht, daß man die Kalkpreise doch gewollt herabgesetzt und dennoch eine Besserung über auch nur Verringerung der Verluste nicht herbeigeführt hat; also, so folgerte man und anscheinend nicht mit Unrecht, war die Preisermäßigung, die man so heiß und bitter erstrebt, nicht einmal notwendig. Diese Folgerung ist falsch, denn das hauptsächlich für die deutsche Landwirtschaft in Betracht kommende 40er Tümpelmaß ist mit 6,20 Mk. pro D. noch teurer als vor dem Kartage; es konnte auf modern betriebenen, groß eingerichteten Werken mit gutem Vorkommen zu 2,80 bis 3,20 Mk. je D. effektiv produziert und zu 3,50 Mk. je D. durchaus abgesetzt werden; dabei wäre der Gewinn der Werke trotz Entschädigungspflicht für Quoten stillgelegter Werke, Abschreibungen und sozialen Lasten noch immerhin erheblich.“

„Doch die alten Eichen rauschen...“ Nur klingt das Lied nicht mehr wie vor 14 Jahren aus dem Süßberg, sondern aus Thüringen von der schönen Metra her zu uns.

Die nächste Betrachtung der 1910 von Sollefält und jetzt von Wintershall - davon: von der „Deutschen Bergw.-Ztg.“ angeführten Zahlen ergeben eine überraschende Ähnlichkeit. Statt 6,20 Mk. für den D. 40-prozentigen Kalk will Wintershall nur 3,50 Mk. haben. Herr Schmidtman drückt sogar die Gebührensätze für Kalkstein des Elsaßes auf 2,56 Mk. herunter. Warum soll man den Herren Kalkstein und Kalkstein nicht glauben, wenn sie behaupten, bei einem Preis von 3,50 Mk. ein glänzendes Geschäft machen zu können?

Aber es kommt noch besser! In der Generalversammlung 1910 der Kalkindustriellen-Lösungsgruppe hatten seine „Freunde“ aus der übrigen Kalkindustrie die Opposition organisiert. Es hagelte nur so Schimpfwörter gegen die Verwaltung der Kalkindustriellen. Wintern rief die einstmalige Größe der Kalkindustrie, Emil Sauer, Schmidtman zu, er, Schmidtman, sei „das Unglück der Kalkindustrie“, Schmidtman habe die nationalen Interessen betreten“, an Schmidtmans Vermögen ließe der Schweiz, das Blut und der Fluß der Arbeiter. Dabei unferseits höchstens zu bemerken wäre, daß die Wohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Sauerischen Werken von jeher für die schlechtesten waren. Doch das nebenbei. Herr Sauer und seine Freunde wiesen nach dem Geschehen. Und heute? Man höre:

„Die Zustände in der Kalkindustrie sind so heillos verworren, daß eine erleuchtete Führung der Geschäfte des Kalkindustriellen fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Kein Gemeinfinn, keine Solidarität, sondern trakter Egoismus beherrscht die Situation und die Sucht, die Früchte der Arbeit und Sorgen anderer billig zu ernten! Wie der Gleitschiff im Porzellanladen, so irrt der Führer des Wintershall-Kongresses im Syndikatselken herum. Die von Sollefält importierte Presse gefüllt sich besonders darin - dies natürlich ohne Zutun von Wintershall - die elsaßischen Kalkwerke gegen die deutsche Kalkindustrie auszuspielen. Dort herrscht, hier Stagnation! Sie schämt sich nicht, obliquen Wärters entnommene Tendenzschriften gegen die Leitung des Kalkindustriellen zu verbreiten.“

So schreibt Herr Generaldirektor Forchmann in Nr. 39 der „Ind.-u. Hand.-Ztg.“ vom 15. Febr. 1924, das Kling: so alt und ist doch so neu! Aber Wintershall kennt seine Poppenheimer. Am 11. Februar stellte es dem Syndikat ein Ultimatum mit 24-stündiger Befristung: Entweder der Landwirt sofort einen entsprechenden Kredit zu gewähren oder die Lieferung von 1 Mill. D. Kalkstein bis zum 15. 4. 24 durch die Werke seines Konzerns ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Beteiligung auszulassen.“ So ähnlich hat es ja Schmidtman auch gemacht, nur etwas länger. Bis ihm der Geschehen schlüssig in den Arm fiel.

Und wieder wie damals ist es diesmal in der „Ind.-u. Hand.-Ztg.“: „Der Versuch eines Konzerns, allen anderen, auch den Staatswerken, seinen Willen aufzuzwingen, muß zu weiteren Eingriffen der Gesetzgebung in eine Industrie führen.“ Wie rührend doch diese Sorgfalt für die Staatswerke ist! Ob der preußische Handelsminister den Wirt versteht? Denn 1910 kam je auch die erste Gesetzesvorlage aus dem preußischen Handelsministerium. Warten wir ab und betrachten indes einmal das Stützgerüst des Konzerns. Die Beteiligung in Laufenheim betrug nach der letzten Verfassungssatzung Nr. 11:

Preussischer Fiskus	60 3583	Neu-Stahlort	44 0739
Anthracit-Fiskus	20 7439	Deutsche Solenwerte	18 5060
Interessengemeinschaft		Einfahrer	21 1507
Wintershall, Deutsche Kalkwerke, Ronnenberg, Glöckner	379 0951	Wilmhelm Sauer	21 3705
Gumpel	69 4762	Kochling	6 7516
Salzbergwerk	204 5467	Röthenfelde	1 2225
Wansj. Kalkwerke A.G.	24 5569	Sonderathen (ausf.)	
Wider-Kalkwerke	14 4610	Ver. Chemische Fabriken zu Leopoldshall	8 9622
Durbach	94 5704		
		Summa	1 000 0000

Also 77,9 Prozent der Beteiligung befinden sich bereits in Händen der Wintershallverwaltung! Noch 13 Prozent, und die Herren Kalkstein und August Kalkstein besitzen die absolute Majorität im Syndikat. Die Bildung des Kartells wäre dann nur noch eine Frage, welche in einigen Wochen gelöst sein würde. Das erklärt den Aufreißer der übrigen Werksbetreiber, den Ruf nach dem Geschehen wohl zur Genüge.

Nun sind allerdings die Konzentrations- bzw. Vertikalisierungspläne Wintershalls in den letzten Monaten ins Stocken geraten. Die Banken der übrigen Konzerne halten einwiegen die Aktien- und Kuponbündel fest. Herr Forchmann stellt in der „Ind.-u. Hand.-Ztg.“ die Verantwortung des Kartells durch die „von Sollefält importierte Presse“ fest. Soll das so aufzufassen sein, daß die Verantwortung gemocht ist? Wie dem aber auch sei: der Absatzrückgang 1923, eine weitere Absatzrückgang in diesem Jahre müßte eine bedeutende Anzahl Werke veranlassen, Kredite aufzunehmen oder erhebliche, sich im Frühjahr der Werke oder ihrer Banken brüchliche Aktien- und Kuponbündel zu veräußern. Davon würde Wintershall die ihm zunächst noch fehlenden 15 % schon erhalten. Ein elender Schwächling! Nicht nur mit Kalkindustriellen, sondern mit den Interessen der Arbeiter, der Landwirtschaft und des ganzen Volkes. In Wintern hat terrorisiert sich die Kalkindustriellen untereinander und andere. Und diesen Leuten, die „kein Gemeinfinn, keine Solidarität, sondern ein trakter Egoismus beherrscht“, die sich selbst in aller Deutlichkeit gegenwärtig des Verrats nationaler Interessen anlagigen, diesen Leuten wird die Führung einer für die Lebens-

Ein Musterbeispiel kapitalistischer Wirtschaft.

Die Ausflüchte, die deutsche Industrie in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen, sind äußerst gering. Das bedeutet für bestimmte Arbeitergruppen, daß sie nicht nur vorzugehen, sondern länger arbeitslos sein werden. Für das gesamte Volk aber ist die Verminderung der industriellen Warenanfuhr gleichbedeutend mit verminderter Lebensmittelanfuhr, mit Verschlechterung der Lebenshaltung. Aber selbst wenn wir die industrielle Erzeugung und die Ausfuhr derselben bis auf den Vorkriegsstand brächten, so bleibt die Lebenslage doch bestehen, daß wir durch den Krieg äußerst wichtige landwirtschaftliche Ueberzugsgebiete verloren haben. Es verbleibt fast ganz von selbst, daß die Kultivierung von Moorböden und Oedland mit aller Energie betrieben werden muß, um die landwirtschaftliche Anbaufläche zu vergrößern. Hier liegt der Reichsregierung und den Landesregierungen ein weites Betätigungsfeld vor. Gibt es doch noch rund 3 1/2 Millionen Quadratkilometer kultivierbaren Moorboden in Deutschland. Das preussische Ministerium hat zweifellos in dieser Frage getan, was es in Anbetracht der für diesen Zweck verfügbaren Mittel tun konnte. Aber eben weil die Mittel beschränkt sind, trotz die Urbarmachung auf eine längere Zeitspanne verteilt werden müssen. Daraus ergibt sich von selbst, daß wir nur langsam durch Kultivierung eine Steigerung der einheimischen Nahrungsmittelmengen erzielen können. So wichtig die Behandlung und Lösung des vorstehenden Problems auch immer ist, wichtiger ist die Frage der Ernteertragssteigerung auf der bereits oder noch vorhandenen landwirtschaftlichen Anbaufläche. Seit 1914 haben wir, und zwar bis einschließlich 1922, einen erheblichen Ernteausfall zu beklagen. Er ist zurückzuführen auf die weniger intensive Bearbeitung und mangelnde Düngung des Bodens. Aus diesem Zustand müssen wir heraus, es sei denn, wir finden uns damit ab, daß ein Drittel unserer Volksgenossen verhungert. Daraus ändern auch leichte Besserungen, wie wir sie 1923 erfreulicherweise zu verzeichnen hatten, sehr wenig. Die Ernteertragssteigerung muß im ganzen Reichsgebiet erzielt, sie kann aber auch sogar, wenn es gar nicht anders geht, erzwungen werden.

Wirtschaftsteil.

Ein Dalm macht kein Brot.
Aber sammelt die Mehren!
Die Sträcker hätten nicht Not,
Wenn die Zapfen bei ihnen wären.

Pragung.

Das Wirtschaftsbild.

Noch immer steht das Wirtschaftsbarometer auf Tief. Wenn auch hier und da im unbesetzten Gebiete Anzeichen einer schwachen Besserung der Wirtschaftsfrage vorhanden sind, so genügen diese doch nicht, um das trübe Bild entscheidend aufzuheben. Der Übergang von Draufloswirtschaften und wüster Spekulation zu den Prinzipien rationaler Wirtschaftsführung fällt unserem Unternehmertum außerordentlich schwer. An Versuchen, durch Börsenmachinationen das künstliche Gebäude der stabilen Mark in Wanken zu bringen, fehlt es nicht. Dank des forschenden Eingreifens der Reichsbank sind solche Angriffe bisher abgewehrt — die Gefahr besteht immerhin weiter. Die Rentenmarkreform ist nur eine Notbrücke, für die durch eine Goldbank baldigst ein solidere Unterbau geschaffen werden muß.

Mit wie wenig Voraussicht unsere Wirtschaftsführer während der Inflation wirtschafteten, beweist die beispiellose Kreditnot beim Übergang zu stabilen Verhältnissen. Die Ueberschüsse waren verbaut, durch Luxusverbrauch verzehrt und in finanzkapitalistischen Transaktionen festgelegt. Jetzt fehlt das Wasser auf den Mühlen. Bisher lieferte die Notenpresse, und die vermehrten privaten Ansprüche an die Reichsbank zeigen, daß man von dieser liebgeordneten Gewohnheit nicht lassen möchte. Notwendig ist eine Beteiligung ausländischen Kapitals, doch dazu bedarf es kapitalistischer Anreize — die nicht gerade zur Verbilligung der Produktion beitragen.

Mit dem Worte »Verbilligung« wird jetzt ein heillosen Unfug getrieben: Der Staat, die Industrie, der Handel, die Landwirtschaft, alle »verbilligen« — zwar weniger die Preise, als »die Produktion«. Billig und gut ist selten beieinander. Die infame Lohnrückerei geht letztlich auf Kosten der Qualität der beanspruchten Leistungen, ganz abgesehen von der Schwächung des inneren Marktes, der die Stütze jeder Wirtschaft ist. Für unsere Wirtschaft kann der Außenhandel nur Zusatz sein, die Essenz liegt im inneren Verbrauch — wir sind nicht England.

Wieder erklingt der Ruf nach dem Schutz zoll — nicht nur aus der Landwirtschaft, auch die Industrie (z. B. für Margarine) erhebt ihn. Die öffentlichen Gewalten scheinen nicht abgeneigt. Wir können aber den Druck der Auslandskonkurrenz auf die innerdeutschen Kalkulationen nicht entbehren. Wie weit und wo ein Kontergewicht gegen die besonderen Lasten aus dem verlorenen Kriege zu schaffen ist, läßt sich heute noch gar nicht übersehen. An einer Unterstützung und Schutz der Unzulänglichkeit der Verfügungsberechtigten über die Produktionsmittel haben die Arbeiter kein Interesse — im Gegenteil.

Der Preisabbau ist zu Ende, es war zwar kein eigentlicher Abbau der Preise, sondern nur ein Abbau der perversen Spekulationszuschläge. Wir halten jetzt im Großhandel etwa 17 Proz. über den Vorkriegspreis, bei den Lebenshaltungskosten etwa 4-5 Prozent über 1913/14. Das nach den amtlichen Ziffern. Private Berechnungen liegen wesentlich darüber, wie auch die Erfahrungen, die jeder Einzelne beim Einkauf macht. Zehn Lebensmittel, die die »Frankfurter Ztg.« beobachtet, kosteten am Anfang Februar im Großhandel 69 Prozent und im Kleinhandel 43 Prozent mehr als im Frieden. Seitdem hat die Preiskurve wieder angezogen. Mitte Februar liegt der Gesamtindex der »Frankf. Ztg.« 44,5 Prozent über dem Friedensstand.

In der Reparationsfrage ist noch kein sichtlicher Fortschritt zu verzeichnen. Die internationalen Sachverständigenkommissionen, die die deutsche Wirtschaftsfrage, insbesondere die Frage

der Währung, des Staatshaushalts und der auswärtigen Kapitalien an Ort und Stelle untersuchten, sind nach Paris zurückgekehrt, um dort ihr Gutachten fertigzustellen. Sachverständigengutachten stehen bei den Alliierten nicht hoch im Kurse: insoweit als der politischen Absicht unabweisbar waren, hat man sie bisher gern in Betracht gelassen. Die Beteiligung erstklassiger Weltwirtschaftskennner wird dieser Untersuchung jedoch einen anderen Nachdruck verleihen. An der offenen Wunde der Reparationen verblutet Europa. Die Ausschaltung der Regierung bei dem privaten Micum-Vorträgen bedeutet keinen gangbaren Weg zur Lösung. Rheinland-Westfalen wird als Reparationsprovinz verkommen, wie auch Deutschland ohne Rheinland-Westfalen nicht leben kann. Wir brauchen die politische Einheit Deutschlands und die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit.

Deutsche und englische Kohlenpreise.

	Ruhr-Förderkohle		Ruhr-Hochfölkohle		Oberschlesische Stückkohle	
	Deutsch	Englisch	Deutsch	Englisch	Deutsch	Englisch
ab Zeche . . .	20,60	19,47	31,40	32,60	18,80	20,88
frei angl. Hafen . . .	—	20,88	—	33,98	—	22,18
frei Hamburg . . .	34,70	26,18	45,80	41,20	35,80	27,89
frei Stettin . . .	—	26,94	—	43,01	34,60	29,20
frei Berlin . . .	36,80	32,75	47,10	43,74	34,80	35,04

Verglichen sind die entsprechenden englischen Kohlenarten, umgerechnet auf metrische Tonnen. Die Preismeldungen beziehen sich auf Anfang Februar mit einem Pfandkurse von 18,40 Goldmark.

Die Übersicht zeigt die scharfe englische Konkurrenz an den verschiedenen Plätzen. In einzelnen Fällen wurde auch englische Kohle gegen Gewährung von Produktionskrediten seitens Englands hereingekommen. Die Konkurrenz der Ruhrkohle, die während der Widerstandzeit fast alle unbesetzten und ausländischen (Süd-Deutschland, Schweiz, Oesterreich) Absatzmärkte einbüßte, wird durch das Mehr an Frachtfolge Benutzung der Regiestrecken noch weiter eingeeignet. So ist es beispielsweise 10 Mk. je Tonne billiger, die Ruhrkohle über Rotterdam nach Hamburg zu fahren, als mit der Eisenbahn über die direkte Strecke Dorsten-Hamburg.

Förderziffern.

(Nach Pressemeldungen.)

I. Steinkohlen.

Im Januar förderte der Ruhrbergbau: 6 187 481 To. insgesamt, 1 050 692 To. Koks, 237 980 To. arbeitstäglich, 33 893 To. arbeitstäglich. Gegenüber 1913 beträgt die Förderung 60,52 Prozent. In West-Oberschlesien wurden gefördert:

	Steinkohle	Koks
Jahresdurchschnitt 1913	924 242 To.	106 993 To.
Januar 1924	999 625 To.	108 393 To.

Der Leistungseffekt wird mit 800 kg je Schicht angegeben. In Niederschlesien:

	1924	1913
	551 836 To.	489 475 To. insgesamt,
	21 224 To.	18 826 To. arbeitstäglich.

In Sachsen:

	1913	465 281 To.
Januar 1924	408 900 To.	

II. Braunkohlen.

	Januar 1924	Dezember 1923
Rohkohle	7 645 698 To.	6 595 893 To.
Briketts	1 710 452 To.	1 366 747 To.
Koks	37 285 To.	35 371 To.

Rheinisches Revier:

	Januar 1924	1913
Rohkohle	1 791 769 To.	1 574 633 To.
Briketts	267 337 To.	460 833 To.
Struk ab 15. Januar, ab 31. Januar für das gesamte Revier.		
Bayera:	Januar 1924	Vorjahr
Braunkohle	121 570 To.	167 686 To.
Feinkohle	93 190 To.	83 524 To.
Steinkohle	3 946 To.	3 134 To.

Allenthalben ist eine beträchtliche Steigerung der Förderung und eine Hebung des Leistungseffekts zu verzeichnen.

Rückgang der Ernährung.

In dem Material, das den Sachverständigen der Entente unterbreitet worden ist, findet sich folgende Zusammenstellung: Der Verbrauch an wichtigen Artikeln, pro Kopf und Jahr berechnet, betrug in Deutschland (einschließlich des gewerblichen und tierischen Verbrauchs) je kg:

	1913	jetzt	1913	jetzt	
Fleisch	43,15	26,71	Reis	2,49	1,64
Roggen	153,1	91,9	Heringe	2,99	1,73
Weizen und Spelz	95,8	47,6	Bier	103,0	50,0
Gerste	108,0	30,0	Branntwein	5,4	2,0
Kartoffeln	700,2	573,0			

Notizen.

An der Ruhr sind von 84 Hochöfen nur 33 in Betrieb gegen 35 vor der Ruhrbesetzung. In der Siegerländer Eisenindustrie stehen von 29 Hochöfen nur noch 6 unter Feuer. Der Auftragsengang wird als schleppend bezeichnet. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Produktion durch UmDisposition aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet verlegt wird, um die Schwierigkeiten im besetzten Gebiet zu vermeiden. Darunter muß der Arbeitsmarkt außerordentlich leiden, vor allem, wenn sich die Verlegung der Produktion zu einem Standortwechsel in größerem Umfang entwickelt. Der »Zug nach dem Westen« hat sich ausgelassen, eine Abwanderung großen Stils setzt ein.

Nach zuverlässigen Schätzungen hat die Zahl der Auswandernden im Jahre 1923: 120 000 betragen. Am 29. bis 31. Jan. tagte in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Die Arbeitergruppe hatte dazu einen Antrag eingebracht, der auf beschleunigte Ratifizierung (Anerkennung) der Uebereinkunft über den Achtstundentag drängte. Dagegen nahmen die deutschen Unternehmervertreter Stellung und fanden dabei die Unterstützung des stellvertretenden Vorsitzenden des »Comité des Forges«, Pinot, der erklärte, daß Deutschland zuwilling sei, zur Bezahlung der Reparationen die Arbeitszeit zu verlängern.

Die neue englische Regierung will die Arbeitsminister aller in Frage kommenden Länder zu einer Konferenz über den Achtstundentag nach London einladen.

In der Schweiz fand am 17. Februar eine Volksabstimmung über den Achtstundentag statt, die mit 117 000 Stimmen Mehrheit eine Verlängerung der 48-Stunden-Woche ablehnte.

Die Brennstoffmengen, welche 1923 von Deutschland nach Frankreich und Luxemburg geliefert oder in Deutschland erfaßt worden sind, beliefen sich auf 4 832 100 Tonnen, das ist ungefähr ein Drittel der vorjährigen Gesamtlieferungen.

Deutschlands Außenhandel 1923 — unter Erwähnung der nur bedingten Zuverlässigkeit der Anschreibungen — gestaltete sich 1923 so: Für 6081 Goldmillionen Waren wurden eingeführt, für 6079 Goldmillionen ausgeführt. Die Kohleninfuhr 1923 betrug 27,67 Millionen Tonnen (1922: 14 Mill. To., vor dem Kriege Ausfuhrüberschuß von 34 Mill. To.).

Verantwortlich: Dr. Georg Berger, Bochum.

Bedürfnisse des gesamten Volkes so außerordentlich wichtigen Industrie weiter befähigt. Wichtig, ein Musterbeispiel privatkapitalistischer Wirtschaft!

Dagegen ist unsere Stellungnahme klar und eindeutig. Wir verlangen die schnelle Verwirklichung der Industrie, insbesondere aber die schnelle Schaffung eines Reichs-Kaufmannsvereins. Unsere Auffassung bedingt sich in dieser Beziehung vollständig mit der durchaus ernst zu nehmenden bürgerlichen Wirtschaftspolitik. Schon im Jahre 1910 wurde in der Reichstagskommissionierung (sowohl vom Handelsminister Eydam wie auch vom Staatssekretär Fischer) erklärt, daß die von uns beantragte Lösung die beste sei. In einem außerordentlich lehrreichen Buch »Bergbau und Bergbaupolitik« von Professor Dr. Adolf Arndt schon 1894 zu dem zwingenden Schluß:

„Wirtschaftlich richtig und erstrebenswert ist, daß das deutsche Reich das Monopol erlangt. Das deutsche Reich bildet eine Zoll- und Handelszone. Die Gesetzgebung des deutschen Reiches in Zoll- und Handelsfragen ist ausschließlich . . . nicht entscheidend ist, daß zur Zeit das deutsche Reich die Erwerbung von Monopolen und Bergwerken nicht zu den seiner Zukunft nicht unterworfenen Gegenständen zählt. Denn es ist weiter nötig, da das deutsche Reich die Kompetenz hat, seine Zuständigkeit zu erweitern, als daß das bezügliche Gesetz als verfassungswidriges ergeht. . . . Und so geht unsere aus der Kenntnis des wirtschaftlichen Lebens gewonnene Ueberzeugung dahin, daß die Errichtung des Monopols eine wirtschaftspolitische und nationale Notwendigkeit ist und mit Sicherheit erfolgen wird.“

Will das deutsche Volk die eingangs unseres Artikels gezeigten Ziele — Erhaltung unserer Landwirtschaft, Steigerung der Ernteerträge und damit Verbilligung der Lebensmittel — erreichen, kann muß für die Stahlindustrie der von Arndt gezeigte Weg beschritten werden. Und zwar muß in erster Linie die Arbeiter in geschlossenen, bis jetzt unorganisierten Organisationen marschieren, um das Volkswort gegen die Seemannschaft unserer Wirtschaft erfolgreich betreiben zu können.

Die Arbeitszeitverlängerung im Bergbau.

Nach einem uns vorliegenden Bericht des »Vorwärts« vom Dienstag, den 19. Februar d. J., der auch in der Parteipresse des Ruhrgebietes zu sehen, hat der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Rob. Dymann, auf der gegenwärtig tagenden Generalversammlung in Düsseldorf in dem Geschäftsbericht bei Besprechung der Währungsfrage folgende Äußerung gemacht:

„Es ist für die deutsche Arbeiterklasse verhängnisvoll gewesen, daß die Bergarbeiterschaft der Verlängerung der Arbeitszeit zustimmend geantwortet habe. Die Folge sei das gleiche Verhalten der Bergarbeiter in anderen Ländern gewesen.“

Dymann — heißt es in dem Bericht weiter — schloß die Verhandlungen, in denen der Vertreter des Metallarbeiterverbandes sich gegen die Verlängerung gekämpft haben. . . .

Um Angaben aus diesen Reihen zu Dymann vorzubringen, hier ist es für angebracht, folgende Tatsachen festzustellen:

Am 6. Oktober 1923 war die Delegiertenversammlung des Deutschen Bergbauarbeiterverbandes in Düsseldorf, die die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau ablehnte.

Am 8. Oktober erfolgte die Annahme der Sechsenverordnungen und am selben Tage wurde das Statut genehmigt.

Am 9. Oktober fanden Verhandlungen mit den Arbeitgebern des Ruhrbergbaues statt, wobei den Arbeitgebern die Forderungen der Arbeitgeber mündlich mitgeteilt, die dann einige Tage später auf dem Statut schriftlich niederlegt wurden.

Am 13. Oktober fand in Essen eine gemeinschaftliche Sitzung sämtlicher Arbeiterorganisationen statt, um zu der Lage im Revier und der Forderung der Arbeiter Stellung zu nehmen. Der amtierende Vertreter des Metallarbeiterverbandes war es, der hervorhob, daß angesichts der schwierigen Lage eine Stunde Überarbeit im Bergbau unannehmlich ist.

Am 23. November wurde das besetzte Ueberarbeitsabkommen für den Ruhrbergbau in Berlin zum Abschluß gebracht unter Zustimmung des Reichsrats vom Reichsarbeiter-Verbandsrat.

Am 3. Dezember fand in Hannover eine Reichskonferenz des Bergbauarbeiterverbandes statt, welche sich mit dem Ueberarbeitsabkommen für den Ruhrbergbau befaste und denselben seine Zustimmung gab. Der amtierende Vertreter des Ruhrbergbauverbandes des Metallarbeiterverbandes Dr. Senjo ein Gouverneur des Reichsverbandes sprach für die Ablehnung des Ueberarbeitsabkommens aus.

Zum Schluß wollen wir der Wahrheit halber noch feststellen, daß nach dem Verlaufe eines Vertreters des Metallarbeiterverbandes die Metallarbeiterverbände bei den Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage den Arbeitgebern der nordwestlichen Gruppe in der Eisenindustrie das Angebot machten, die bestehende Arbeitszeit durch eine Stunde Überarbeit zu verlängern. Dieser Vorstoß ist also im Einverständnis mit dem Metallarbeiterverband gemacht worden.

Dem Vorhaben des Metallarbeiterverbandes, Robert Dymann, empfehlen wir außerdem, den unter der Überschrift »Wirtschaftliche Ausflüchte« in Nr. 50 der »Metallarbeiter-Zeitung« vom 15. 12. 23 veröffentlichten Artikel nachzulesen. Vielleicht ändert das dann seine Auffassung. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes.

Sammlung zur Abwehr.

Eine niederländische Verbandskonferenz.

Das Verhalten der deutschen Arbeitgeber in den letzten Wochen und Monaten beweist, daß sie nichts, oder auch rein gar nichts aus der Vergangenheit gelernt haben. Sie wissen wie die Oesen im Porzellanladen und geschlagen die beiseitegedrängte Anklage einer vernünftigen Wirtschaftsregelung. Damit erreichen sie zwar, daß der wirtschaftliche Druck, der auf den Arbeitern lastet, vermindert wird, aber die ganz konsequente Folge davon ist, daß dieser verminderte Druck den Gegenstand seitens der Schmeichelei auslöst.

Der beste Beweis für die Richtigkeit wurde erbracht in einer am 3. Februar stattgefundenen überfüllten Konferenz der Verbandsfunktionäre unseres Verbandes im niederländischen Steinholtenberg. Abgesehen von einigen tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten, die dort zutage traten, war die ganze Konferenz auf einen Ton abgestimmt: Scharfe Kampfanlage gegen die Bergbauunternehmer. Das alle mündliche und schriftliche Aufklärungsarbeit unter den Bergarbeitern nicht erreicht hat tritt automatisch durch das Verhalten der Arbeitgeber ein: die Reihen der Organisationen schließen sich fester, Hunderte von zurückgekehrten Mitgliedern helfen die Position der Arbeitnehmerorganisationen zu stärken.

Kamerad Halle vom Hauptvorstand sprach über: »Die Wirtschaftskrise und Stellung des Verbandes«. Ausgehend von der Besetzung des Ruhrreviers, verbreitete sich Kamerad Halle über die im Verlauf des passiven Widerstandes von der damaligen Regierung euno eingeschlagene Politik. Jeder Versuch der Arbeitnehmer des Ruhrreviers, auf die Regierung im Sinne einer belägigen Beilegung des Konflikts einzuwirken, wurde als Hochverrat ausgelegt und die deutschsprachige Presse konnte sich nicht genug erheben über jene Kreise, die rechtzeitig eintraten, daß der passive Widerstand nicht gelöst ausgebrochen werden konnte und nichts anderes war, als ein glänzender Beweis für die heilsamen Wirkung der industriellen Aktion. Die damals gezeigten Befürchtungen der Führer der direkt am passiven Widerstand beteiligten Kreise sind leider eingetreten. Immer mehr stellt sich heraus, daß die völlig unzulängliche und schwächliche Politik der Regierung euno verantwortung gemacht werden kann für all das Elend, das das deutsche Volk im Jahre 1923 durchgemacht hatte. Nachdem durch die inzwischen eingetretene Schwächung der deutschen Industrie die Möglichkeit genommen wurde, auf Kosten der breiten Volksschichten weitere Inflationsergebnisse zu machen, lehnte man zur vernünftigen Raskulation in der Wirtschaft zurück. Allerdings vermag man die deutsche Industrie die ganzen Kosten, dieser Umstellung auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau des Lohnes und der sozialpolitischen Einrichtungen u. dgl. m. ist die Parole, unter der das deutsche Wirtschaftsleben wieder gelunden ist. Das die Arbeiter damit das Gegenteil von dem erreichen, was bezweckt ist, ist ihnen nicht nur allein von sozialistischen Wirtschaftlern, sondern auch von ihren eigenen Pfaffen, wie Henry Ford usw. zur Genüge ins Stammbuch geschrieben worden. Wenn die Arbeiterorganisationen unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse und unter der Ungunst der augenblicklichen politischen Verhältnisse in Deutschland nicht auf die Abwehrstellung beschränkt haben, so kann die heilige Verpflichtung abgegeben werden, daß, falls auch nur annähernd eine etwas günstiger Stellung für die Arbeiterklasse geschaffen ist, mit den höchsten Mitteln das Verlorene eingewonnen werden kann. Bis dahin gilt es, die Organisationen auszubauen, kampftüchtig zu gestalten, um den Kampf, die kommen, müssen, gewagt und gewagt zu sein. Das unsere niederländischen Arbeitgeber beim Zusammenkommen, um das goldene Kalb nicht sehen dürfen, scheinen zwei Experten, die

in den letzten Tagen bei den Arbeitnehmerorganisationen eingegangen sind. Das eine Schreiben enthält die Ratifizierung des Montclair-Vertrages zum 30. April 1924, das andere ist eine in holländischer Sprache gefaßte Erklärung, weiter an den zeitlichen Lohnverhandlungen in Berlin teilzunehmen. Der Referent legte eine Entschließung vor, die folgendenmaßen lautet:

„Die heutige Konferenz der Funktionäre des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands des Ruhrreviers nimmt Kenntnis von den Schreiben des Bergbauvereins vom 23. Januar 1924 und 1. Februar 1924 betreffend: 1. die Ratifizierung des allgemeinen Tarifvertrages zum 30. April 1924 und 2. die Verweigerung der Teilnahme der Arbeitgeber an den zeitlichen Lohnverhandlungen.“

Die Konferenz stellt fest: Die Organisationsleitung hat das Möglichste im Interesse der Arbeiter und der Bewährleistung einer ruhigen Entwicklung der Rohlenförderung des niederländischen Ruhrreviers getan. Für die neue Kampfanlage des Bergbauvereins und für die damit verbundene Verantwortung und die eventuelle Eintragung der bereits erheblich gesteigerten Förderung trifft den Bergbauverein die volle Verantwortung.“

Ingefaßt dieser provokatorischen Herausforderung fordert die Konferenz alle im Bergbau beschäftigten Kameraden dringend auf, ihre Organisation, den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, zu stärken und den Anweisungen der Organisationsleitung streng Folge zu leisten.“

In der nun folgenden Aussprache wurde der Standpunkt der Organisationsleitung gutgeheißen und das Versprechen abgegeben, im Sinne der Ausschreibungen des Referenten zu arbeiten. Allgemein wurde anerkannt, daß es unter den obwaltenden Umständen taktisch klug sei, sich auf die Defensiv- und Beschützung und zum allgemeinen Angriff bei veränderter Wirtschaftslage überzugeben. Beste Empörung löste die Kenntnisnahme von dem Vorgehen des Bergbauvereins aus. Selbst dem Verstandesfertigen wurde es klar, daß nur hartnäckigste Unternehmlichkeit so handeln konnte. Von den Rednern in der Aussprache wurden u. a. auch folgende Anträge eingebracht:

1. Der Hauptvorstand sowie die Bezirksleitung werden ersucht, bei den betreffenden Regierungsstellen vorstellig zu werden, um Druckermäßigung für niederländische Kohle zu erwirken.“

2. Die heute in der Strohbräuererei zu Walsenburg stattfindende Konferenz der Funktionäre des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands des Ruhrreviers beauftragt den Hauptvorstand, bei der Regierung vorstellig zu werden und die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Eisenbahnverwaltung zu bewegen, die Lokomotiven umzustellen, damit auch minderwertige Kohlen verwendet werden können. Bisher wurden nur vollwertige Kohlen verwendet. Es wäre möglich, den hiesigen Bergbau vor den größten wirtschaftlichen Erschütterungen zu bewahren.“

Die nach dem Schlußwort stattfindende Debatte ergab einstimmige Annahme aller Entschließungen.

Der zweite Teil der Konferenz behandelte organisatorische Fragen. Unter anderem wurde auch die Frage des Uebertritts der Union der Hand- und Arbeiter zum Verband besprochen. Um den Mitgliedern der Union die Möglichkeit zu geben, zum Verband zurückzukehren, haben Verhandlungen stattgefunden, die zu dem Resultat führten, daß den Mitgliedern der Union ihre Mitgliedschaft in der Union voll angedreht wird. Weitere Anerkennung tritt auch für die Zeit ein, in der der Uebertrittende Mitglied des Verbandes war. Diese Vereinbarungen haben auch bereits im niederländischen Ruhrrevier zu einigen erfreulichen Ergebnissen geführt. Verschiedene Ortsgruppen der Union sind in den letzten Tagen geschlossen zum Verband zurückgekehrt. Mit einer Reihe von weiteren Ortsgruppen sind Verhandlungen vorberichtet, um auch die Rückführung der Mitglieder in diese Reihen zu ermöglichen. Alles in allem kann gesagt werden, daß sich eine Konsolidierung der Organisationsleitung auf breiterer Grundlage zeigt, die natürlich erst möglich wurde durch die stabilen Währungsverhältnisse und nun durch die wirtschaftliche Umkehr. Den Arbeitgebern aber werden wir in den nächsten Tagen ein Ehrenstück für klägliche Agitation für den Verband überreichen. Schließlich und endlich sind die Zusammenschlußbewegungen innerhalb der Organisation und der Forderung der Arbeitgeber zurückzuführen. Und wir rufen wir heute schon zu: Rückwärts eine wirtschaftliche Welt nicht, denn auch der härteste Druck hat einmal ein Ende! Den niederländischen Bergarbeitern aber war die Tagung eine Gewissheit, daß nach diesen Tagen des Abtriebs und der Verwirrung wieder Zeiten der Hoffnung und des Angriffes auf den Bergbau folgen werden.

Aus den Berggewerbegerichten.

Rechtsprechung der Berggewerbegerichte.

Das vornehmste Bestreben eines jeden Gerichtes sollte die Erringung des Vertrauens aller ihm unterliegenden Bürgerungsklassen zu seiner Rechtsprechung sein. Wenn ihm dieses nicht, dann fehlt die eigentliche Voraussetzung seiner Existenzberechtigung und es müßte damit zur Abschaffung oder Umwandlung in ein Verwaltungsorgan, wie zum Beispiel in ein Verwaltungsorgan, durch den Gesetzgeber gezwungen werden. Allgemeinere Vertrauen zu den Berggewerbegerichten sollte als Voraussetzung des Fortbestehens solcher Einrichtungen gelten.

Wohl keine Gerichtsart hat diese Voraussetzung so wenig zu erfüllen vermocht, wie die Berggewerbegerichte. Seit ihrem Bestehen haben sie es noch nicht verstanden, jenes Vertrauen bei der Bergarbeiter-Schaft auszulösen, welches im Interesse der Gerichtsbarkeit notwendig wäre. Auch viele Urteile der Berggewerbegerichte tragen das Kennzeichen mangelnder Objektivität. Es ist deshalb leicht verständlich, wenn ihre Rechtsprechung seitens der Arbeiterklasse mit dem größten Mißtrauen betrachtet wird. Kennzeichnend für das Verhältnis zwischen Berggewerbegerichten und Bergarbeitern ist auch die nicht unbegründete Annahme, daß man seitens des Unternehmens mit der Rechtsprechung der Berggewerbegerichte außerordentlich zufrieden zu sein scheint. Während gegen die Verfassung und Rechtsprechung der Berggewerbegerichte wiederholt Sturm gelaufen wurde, sind um solche Angriffe der Unternehmer gegen die Berggewerbegerichte unbekannt.

Das allgemeine Mißtrauen der Bergarbeiter zu den letzteren ist auch der Rechtsprechung bekannt. Es ist darum um so unvermeidlicher, daß in Verbindung mit der Neuordnung des Schlichtungswesens die Beschluß- und Urteilsverfahren aus dem BKG, namentlich ebenfalls der Zuständigkeit der Berggewerbegerichte untrüglichen. Von jedem Bergarbeiter, mag er einer Organisationsrichtung angehören welcher er will, wurde diese Vergrößerung des Zuständigkeitsbereichs der Berggewerbegerichte als eine weitere Verschlechterung seiner Position bei Geltendmachung von Forderungen und anderen Rechten auf gerichtlichem Wege empfunden.

Die Stilllegungen der Betriebe nach Abbruch des Ruhrkampfes und Einstellung der durch das Reich gezahlten Lohnstilllegungsgelder haben eine Menge gerichtlicher ausstragender arbeitsrechtlicher Streitfragen im Gefolge. Von den Gewerbegerichten lagen bereits im Dezember 1923 einige im wesentlichen zugunsten der Arbeitnehmer sprechende Entscheidungen vor, die unter Berücksichtigung der Stilllegungsverordnung und des nach demselben in Kraft gekommenen Wiedereinstellungs- und Rückzahlungsgesetzes vom 17. Juli 1923 gefaßt wurden. Kein objektiver denkender Mensch wird nun behaupten wollen, daß die Stilllegungsverordnung auf Betriebsstilllegungen im besetzten Gebiet nicht anwendbar sei, zumal die Demobilisationsbehörden die Beachtung der Stilllegungsverordnung ausdrücklich verlangen. Für die Berggewerbegerichte ergibt sich die Verordnung aber unanwendbar nicht. So heißt es z. B. in der Begründung eines am 7. Januar ergangenen Berggewerbegerichtsurteils u. a.: „Das Gericht steht mit der Befragung ... auf dem Standpunkt, daß diese Verordnungen (vom 8. 11. 20 und 16. 10. 23) im vorliegenden Falle keine Anwendung finden können.“ Die Begründung ist übrigens größtenteils der Argumentation der Arbeitgeberseite entnommen. Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die Aufhebung der Lohnstilllegung durch das Reich wird entsprechend der Arbeitgeberaufhebung als „unvorhergesehenes Ereignis“ bewertet, obwohl alle Welt weiß, daß schon Wochen und Monate vorher die Frage der Einstellung der Reichsausschüsse diskutiert wurde. Geradezu niedlich ist folgender Satz in der Begründung, der sehr wahrheitsgemäß die „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ entnommen wurde: „Der Arbeiter, der noch länger arbeitslos bleibt, muß sich selbst die Schuld an seiner Lage geben, weil er sich nicht rechtzeitig um Wiedereinstellung bemüht hat.“

Die zwei anderen Fälle wurden nicht entschieden, es bleibt unserem Verband vorbehalten, diese Fälle ebenfalls durchzusetzen.

Hoffentlich belehren solche Rechtskämpfe jeden Bergarbeiter von der Notwendigkeit der Gewerkschaften. Wer das nicht einseht, der läuft Gefahr, sich einmal auf die Straße gesetzt zu werden und dann ohne jegliche Hilfe dazustehen. Hunderte von solchen Fällen kann man als Beispiel anführen. Im vorstehenden Falle mußte nach sieben Wochen dem zu Unrecht entlassenen Arbeiter recht gegeben werden und der Verband kann nur jedem Bergarbeiter empfehlen, weniger zu schimpfen, aber mehr zu handeln, dann wird auch das Arbeitsrecht für den Bergarbeiter das werden, was es sein soll.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Verordnung über Krankenversicherung.

Das Reichsgesetz vom 15. Februar d. J. bringt eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 13. d. M., wonach die Krankenkassen mit weit räumlich ausgedehnten Bezirken für bestimmte Bezirke oder Gruppen ihrer Mitglieder oder für einen oder mehrere Betriebe Sektionen bilden und ihnen einen Teil der Einnahmen und Ausgaben zuweisen können. Ferner kann die Kasse zur Vermeidung von Inzidenzen Arztbezirke bilden. In der Regel soll für jeden Bezirk ein Arzt bestellt werden. Die Zahlung für den Arztbezirk nicht zuständigen Ärzte kann die Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, ablehnen. Sie kann auch Krankenschwestern als Pflegerinnen und Gehilfinnen der Ärzte anstellen.

Was die Mitglieder der Krankenkassen am meisten bei dieser Verordnung interessieren wird, ist, daß alle Krankenkassen für Ausstellung des Krankenscheines an Rassenmitglieder oder deren Angehörige eine Gebühr bis zu 10 Goldmarken erheben können, es sei denn, daß es sich um Unfälle oder ansteckende Krankheiten handelt. Da die Verordnung nur Krankenscheine bringt, so sind diese nicht zwingender Natur, sondern werden nur zur Einführung gelangen, wenn Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dafür sind.

Internationaler Anti-Kriegs-Tag 1924

Internationale Rundschau.

Die Alpine Montangesellschaft hat dem österreichischen Bergarbeiterverband, weil er die Sperre über die Bezirke nicht aufhebt, alle mit der Gesellschaft geschlossenen Kollektivverträge gekündigt.

Die letzte Internationale Arbeiterversammlung.

Die sechste Tagung der internationalen Arbeiterversammlung wird am 16. Juni 1924 in Genf eröffnet werden und folgende Tagesordnung umfassen: 1. Die Forderung der Freiheit der Arbeiter; 2. Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Arbeiter bei Arbeitsunfällen; 3. Die 24-Stunden- und 48-Stunden-Arbeit; 4. Nachtarbeit in den Vorkriegsjahren.

Außerdem steht der Bericht des Direktors des Arbeitsamtes zur Verhandlung, sowie eine allgemeine Uebersicht der Wirtschaft des Jahres in der Zeit vom 1. Juli 1922 bis 31. Dezember 1923 gegeben wird. Ebenso enthält der Bericht Angaben über die von den verschiedenen Internationalen erlassenen Abkommen zur Ausführung der von den Konferenzen beschlossenen Übereinkommensentwürfe und Vorschläge für die Staatsgesetzgebung. Schließlich wird dieser Tagung ein Bericht über die Arbeitslosigkeit vorgelegt werden, enthaltend die Ergebnisse von Erhebungen, welche das Arbeitsamt ausführte, sowie ein Bericht über die Lebenshaltung in Ländern mit entwertetem Gelde.

Nationaler Kongress der belgischen Bergarbeiterorganisation im Volkshaus zu Brüssel.

Unsere belgische Bruderorganisation ruft auf den 15., 16. und 17. März d. J. ihren nationalen Kongress ein. Die Tagesordnung des Kongresses lautet: Allgemeiner Bericht (Referent: A. Deslators); Klassenkampf (Ref.: Lombard); Situationsänderung (Ref.: Dehert); Die Konfliktfrage (Ref.: A. Deslators); Die Bergbauern mit (Ref.: Dehert); Die Inflation der Gruben (Ref.: Falony); Nationalisierung der Gruben (Ref.: Lombard); Arbeiterurlaub (Ref.: Mansart); Die Revision des Gesetzes über die Arbeitsunfälle (Ref. Mansart); Verzicht auf Dienst in den Gruben (Ref.: Janssens); Familienversicherung (Ref.: Delecker); Die Arbeit bei Unternehmern (Ref.: Capet); Zurberlegung, Erlangung eines Lohnes auf dem Bergbau (Ref.: Clajot).

Wir wünschen schon heute dem belgischen Bergarbeiterverband zu seiner reichhaltigen Tagesordnung und dem Verlaufe des Kongresses den besten Erfolg.

Die Kohlenproduktion in Frankreich.

Rundum ist groß die Verfolgung der Arbeiter. Der Bergarbeiterverband wurde in den fünf Jahren seines Bestehens systematisch verfolgt, verachtet, seine Führer eingekerkert usw. Die großen Bergwerksgesellschaften sind die schlimmsten Organisationsfeinde. Trotzdem sind z. B. in dem Reichsbau Wert von 16 000 Arbeitern 11 000 freigeigelt und nur 200-300 in den schifflichen Organisationsstellen.

Die Kohlenproduktion des gesamten Landes betrug nach einer Statistik im „Analese Mineur“ für 1922: 2 066 678 To. Der Abwesenheit entfallen auf einige große Gesellschaften. So hat die Detroyen-Gesellschaft 202 400 To., die Uranay-Gesellschaft 291 500 To., das Reichsbau Wert 191 569 To. und die staatlichen Bergwerke 1 068 387 To. Dann folgen 18 Werte mit je 10 000 bis 52 000 To., 23 Werte mit 1400 bis 7000 To. und 10 Werte mit wenigen Hundert bis zu 61 To. Produktion.

Das neue amerikanische Einwanderungsgesetz.

Es wird gemeldet, daß Davis, der amerikanische Staatssekretär für Arbeit, angesichts der Opposition der organisierten Arbeiterklasse die Klausel betr. die Zwangsregistrierung für Einwanderer aus dem neuen Einwanderungsgesetz gestrichen hat. Bekanntlich waren die Gewerkschaften gegen diese Klausel, weil ihre Anwendung folgenlos die Einführung arbeitsloser Epochengelehrten in den Vereinigten Staaten bedeuten würde. Die Tatsache, daß diese Bestimmung fallen gelassen wurde, kann als ein Sieg der organisierten Arbeiter betrachtet werden.

Daneben enthält allerdings das Gesetz noch die Verfügung über die Mobilisierung des Quotensystems. Tritt das Gesetz in Kraft, so werden die Einwanderungsquoten Italiens, der Länder des Balkans, Ungarns und Bolens stark reduziert werden. Es würde bedeuten, daß der Hauptstrom der Einwanderer nach Süd- und Zentralamerika abgelenkt und dieser Umstand zur Schaffung einer Arbeiteraristokratie in den Vereinigten Staaten beitragen wird.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Wals Strahe, Wiesbach, wurde am 2. Januar zu Grabe getragen. Knappschichtleiter und lange Jahre treuer Funktionär, war er allen Jungen ein leuchtendes Vorbild.

Johann Krewes, Komberg, Gochel, starb am 2. Februar. Er war ebenfalls ein fleißiger Arbeiter für den Verband.

Friedrich Dingerslein, Adolphinghausen, Gründer der Poststelle und langjähriger Funktionär starb am 15. Dezember.

Theodor Köhler, Sitt, starb am 30. Januar an den Folgen eines Unfalls, den er am 15. September 1923 erlitt. Er war seit 1919 im Ruhrgebiet und hier wie früher in Gersdorf in Sachsen, wo er Betriebsausschussmitglied war, reis ein fleißiger Arbeiter für den Verband.

Die „hohen“ Bergarbeiterlöhne.

Ein Kamerad schreibt uns: In den letzten Wochen hört man in bürgerlichen und Geschäftskreisen schon wieder das alte Lied von den hohen Löhnen der Bergarbeiter. Wenn jene Leute den wahren Sachverhalt kennen würden, so verstimme ein derartiges Geschrei auf der Stelle. Der Gesamtarbeitsmittelsatz der Bergarbeiter betrug vor dem Krieg 5,55 Mk., wofür er jetzt nur noch 4,30 Mk. beträgt. Nun wird man sagen: „Ja, aber die Kohlenpreise!“ Der Bauerzuschmittelsatz betrug vor dem Krieg 6,66, jetzt nur noch 5,34 Mk. Liegen wir nun den Gesamtarbeitsmittelsatz zugrunde, so müßten wir früher, als wir noch 7,23 Mk. monatlich für Knappschichtbeiträge zahlten, 1 1/2 Schicht für die Gefährde arbeiten, wofür wir heute 23 Mk. zahlen, also 5 1/2 Schichten für diese Gefährde arbeiten müssen, weil der Lohn so niedrig ist. Sogar kommt noch, daß wir in Deutschland, trotz der schon zwei Monate hahnen Währung und aller Versprechen im Sagen,

nach keine hohen Löhne gefunden haben, welche die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bekleidungsartikel auf den wirklichen Friedensstand zurückbringen können. Ist der jetzige Lohn schon um ein Viertel niedriger als in der Vorkriegszeit, so sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bekleidungsartikel um ein Viertel bis zur Hälfte und sogar noch mehr höher als vor dem Kriege. Dabei hat die Leistung der Vorkriegszeit schon überbunden. Wenn nun einzelne Gefährde- und Kohlenhauer auf Grund ihrer über alles angelegenen Arbeitsleistung und der tollen Antriebskraft durch die Zechenverwaltungen — welche sich um Schaden der Krankenkassen und letzten Endes zum Ruin des ganzen Familienlebens auswirken — wirklich mal 1-2 Mk. über den Durchschnitt verdienen haben, so steht doch fest, daß der allergrößte Teil der Bergarbeiterkassen am 25. Januar für fünf Schichten und am 2. Februar für sechs Schichten 8, 12, 14 bis 20 Mk. erhielten und zwar, weil man nachträglich mit Abzügen kam noch vom Monat Dezember, von denen man vorher nichts gewußt haben will. Einzelne Kohlenhauer, welche den Durchschnittslohn hatten, haben im Januar bei 25 Schichten zu 8 Stunden laut Abschlagszahlkarte nach Abzug der Abgaben 80-85 Mk. erhalten. Hierunter gehen die Kommunalabgaben: Wasser, Licht, Schornsteinfeuergebühren, Miete und Wertschuldschläge, ferner Grundsteuer in der ganz gering angegebenen Höhe von 20 Mk. ab. So gab diesen Kohlenbauern mit ihren Familien ganze 60-65 Mk. für den ganzen Monat zum Lebensunterhalt herbeizeln. Nun wird man sagen, die rückwirkenden Abzüge vom Dezember sind schuld. Wenn diese nicht gewesen wären und man den Bauerzuschmittelsatz für 25 Schichten mit 22,50 Mk. zugrunde legt, so blieb diesen Leuten nach Abzug der Steuern, Gefälle und der vorher genannten Abgaben ganze 71 Mark übrig. Das sind die hohen Löhne der Bergarbeiter (Kohlenhauer). Wo bleiben da die Schichtführer, abgesehen von den Emeritaten? Ob man sich angesichts dieser Tatsachen und der Ausparierung der Arbeitskraft nicht fragt, nach der hohen Löhnen der Bergarbeiter zu reden? Wie lange soll dieser Schandmal noch andauern?

Bei dem Antriebsheißem seitens der Unternehmer vergißt man, daran zu denken, daß in aller Kürze die Unfälle gefahren wiederkehren werden, weil dem Arbeiter keine Zeit zur Verfügung mehr gelassen wird. Man vergißt auch daran zu denken, welche Gefahren für das Reich entstehen, wenn die Arbeitskraft zugrunde gerichtet ist. Die Unreife, die schlechte Bezahlung und die miserable Ernährung wird die Arbeiterkassen zu Tode peinigern. Ganz miserabel vergißt man aber auch, daran zu denken, daß durch den alleinigen Aufbau der guten Plätze die Löhne der Unternehmer gestiegen und die Allgemeinheit schwer geschädigt wird, indem der spätere Abbau der dünneren Plätze allein nicht so rentierbar sein wird.

Großen Unwillen und Erregung hat die Preiserschöpfung der Deputierten hervorgerufen, indem die Unternehmer gegen den Willen der Organisationen die unerschütterte Erhöhung vorgenommen haben, genau wie sie dieses schon in manchen anderen Fällen gemacht haben. Allen denen, die es angeht, müßten wir zurufen: Ihr seid gewarnt! Der Krieg geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Den Kameraden aber, die eine Besserung der Verhältnisse wollen, rufen wir zu: Der Weg hierzu ist nur zu finden in der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Nachprüfung des Schiedspruches über die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben.

Von den vier Bergarbeiterverbänden sind gegen die in dem Schiedspruch bestimmte Schicht- und Arbeitszeit starke Bedenken geltend gemacht. Am Freitag, den 22. Februar, fand eine Besichtigung der in Frage kommenden Betriebe statt. An dieser Besichtigung nahmen teil die Herren: Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Regierungsrat Tiburtius vom Reichsarbeitsministerium, Bergamtsrat vom Ministerium für Handel und Gewerbe, Oberbergamt vom Oberbergamt Dortmund, sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Ruhrreviers.

Nach dieser Besichtigung fand erneut eine Aussprache statt. Die Arbeitnehmervertreter betonen, daß die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben erheblich herabgesetzt werden. Ein endgültiges Ergebnis konnte nicht erzielt werden. Die Arbeitgeber haben jedoch zugesagt, in eine Nachprüfung des Schiedspruches einzutreten. Es soll in den nächsten Tagen erneut verhandelt werden. In der nächsten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ werden wir eingehend darüber berichten.

Brutalitäten der Unternehmer.

Im preußischen Landtag bewährte sich kürzlich ein Abgeordneter aus Münster über den Minister Severing, weil er in einer Verammlung die Brutalität der Unternehmer angeklagt und erklärt hatte, daß die Arbeiter zu gelegener Zeit dafür die Rechnung präsentieren würden. Unser Kamerad Limberg erwiderte ihm darauf, indem er an einwandfreien Zahlen das Fehlen der Bergleute beleuchtete. Wie groß die Not, wie unversämmt die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer sind, wird der Öffentlichkeit im Wirklichkeit gar nicht bekannt, weil die Bergleute mit ihren Klagen, durch einwandfreies Material belegt, viel zu wenig an die Öffentlichkeit kommen.

Fälle wie der folgende und andere Rücksichtslosigkeiten der Unternehmer sollten von den Kameraden nicht mehr mit einwandfreien Unterlagen der Organisation zur Verfügung gestellt werden. Uns liegen verschiedene Dokumente vor, nach denen Festläge aus dem Oktober heute noch nicht gezahlt sind. In Papier bedeuten sie heute natürlich nichts mehr, zu rechter Zeit ausbezahlt oder aufgewartet, wie das zu jener Zeit sonst im Wirtschaftsleben schon überall der Fall war, waren sie wertvoll für die Arbeiter. Der Schaden für die betr. Kameraden sei durch Gegenüberstellung einiger Zahlen erläutert:

Beziehener Lohn im Oktober	Nicht ausgezahlter Restlohn
A 63,4 Milliarden	21,0 Milliarden
B 96,0 „	41,0 „
C 77,1 „	28,0 „
D 99,8 „	38,0 „
E 41,8 „	10,0 „

Sind solche Rücksichtslosigkeiten nicht einfach brutaler?

Juni Schichten auf den Staatszechen in dieser Woche!

Unter dem 16. Februar wird uns geschrieben:

Dank der unablässigen Bemühungen des Gesamtbetriebsrats der Staatszechen und des Betriebsrats der Zechenbahn ist es gelungen, den Abschluß von Abschlagsverträgen zu beschleunigen. Weiter haben beständige Verhandlungen mit dem Präsidenten der Regiebahnen, Frauke, und dem Betriebsinspektor in Osterfeld seitens der Betriebsvertreter stattgefunden, wonach mit einer ausreichenden Wagerstellung zu rechnen ist. In der vergangenen Woche war der Gesamtbetriebsrat gezwungen, einen scharfen Einspruch bei der Verwaltung zu erheben, weil eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeit nicht eintrat. Von den arbeitenden Belegschaftsmitgliedern sind die meisten Leute, trotzdem sie drei Schichten in der Woche verfahren haben, mit einer geringeren Wochenentlohnung nach Hause gegangen, als die Erwerbslosen mit ihrer Unterstützung. Der Gesamtbetriebsrat hatte bei der eintretenden Unzufriedenheit der Gesamtbetriebsrat der Verwaltung gegenüber erörtern müssen, ob unter diesen Umständen eine Weiterarbeit zweckmäßig sei und nicht besser die gängige Einstellung der Arbeiter auf den Staatszechen erfolgen müsse. Diese Verhandlungen und die oben geschilderten Bemühungen der Betriebsvertreter haben schließlich dazu geführt, daß in der vorigen Woche vier Schichten und in dieser Woche fünf Schichten verfahren wurden, nachdem bisher stets nur drei Schichten von der Verwaltung angeordnet waren. Zum Schaden des Staatsbergbaus haben die bisherigen Verhältnisse dahin geführt, daß rund 1200 der besten Bergarbeiter zu den Nachbargruben abgeleitet sind, weil ihnen dort eine bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeit geboten wurde. Die Betriebsräte des Staatsbergbaus behielten sich vor, über die ganzen Verhältnisse eingehende Aufklärung der Öffentlichkeit gegenüber zu geben.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Unternehmerdiktatur im rheinischen Schieferbergbau.

In Rachen lag der Schieferbergbau seit dem 1. November 1923 still. In Rachen sollten die Betriebe wieder geöffnet werden, natürlich zu anderen Arbeitsbedingungen, da der Parlamentarismus am 1. September abgelehnt war und die Unternehmer auf Eingaben der Arbeiterorganisationen erst am 27. Dezember zu Verhandlungen geladen wurden. Es verhandelten der Reichliche Gewerkschaftsverband für Dauer und Spolier, 10 Stunden für Handwerker und andere Arbeiter über Tage, 4 Mark Goldlohn für Vorkarbeiter, Friedenssätze für Gedinge und Arbeiter. Sozialisten wollten die Arbeiter zu wochenweiser Erzeugung zwingen. Kurze, Sägen, Sägeisen trüber vom Betrieb gestellt, sollten die Arbeiter stellen, die Urlaubfrage wurde be-

